

# Die Maske als Dauerbrenner

Tirol und Wien führen die Maskenpflicht nicht wieder ein. Oberösterreich ab Donnerstag schon. Die Ärztekammer rät, sich von Bussi-Bussi und Handschlag zu verabschieden, und lobt die Maske.

**Linz, Innsbruck** – Nach dem Anstieg von Coronavirus-Fällen führt Oberösterreich die Maskenpflicht in Geschäften, Einkaufszentren und Dienstleistungsbetrieben wieder ein. Der Mund-Nasen-Schutz gilt für das Personal und in Restaurants auch für Gäste, wenn sie den Tisch verlassen. Im Freien heißt es, Abstand zu halten – und wo das nicht möglich ist, eine Maske zu verwenden. In Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen darf die Maske erst abgenommen werden, wenn die Schulbank erreicht ist. Die Regeln sind jene, die vor der Lockerung bundesweit galten.

Die Maskenpflicht trete ohne zeitliche Begrenzung in Kraft, erklärte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) gestern bei einer Pressekonferenz in Linz. Es gehe darum, einen Lockdown zu verhindern. Dass es einen solchen brauchen könnte, wollte Stelzer nicht ausschließen. Mit der Bundesebene habe man sich abgesprochen. Sowohl Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) als auch Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) würden die Maßnahmen unterstützen, erklärte Stelzer.

So wie in Tirol gibt es auch in Oberösterreich Fälle von Reiserückkehrern vom Westbalkan. Zudem habe der „Freikirchen-Cluster“ zur Erhöhung der Reproduktionszahl beigetragen. Bundesweit liegt der Wert bei 1,37, in Oberösterreich jetzt bei 2,0, in Tirol bei 1,8.

In Wien seien vorerst keine strengeren Maßnahmen geplant, erklärte Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ). Ausschließen wollte er die Rücknahme von Lockerungen nicht. Tirols Landeshauptmann Günther Platter hatte letzte Woche erklärt, dass er sich ab einer Zahl von 50 bis 60 Neuinfizierten pro Tag in Tirol „Sorgen machen würde“. In den letzten neun Tagen lag das Land durchschnittlich bei

2,5 Neuinfizierten pro Tag. Gestern wollte Platter, auf die Maskenpflicht in Oberösterreich angesprochen, eine solche weder ausschließen noch dementieren. Das hänge von den Infiziertenzahlen ab. Es gehe darum, einen zweiten Lockdown zu verhindern.

Die Maskenpflicht war vor allem dem Handel, der Gastronomie und der Gewerkschaft sauer aufgestoßen. Mitarbeiter hätten unter dem Maskentragen ebenso gelit-

„Mit der Maskenpflicht wollen wir schärfere Maßnahmen wie einen Lockdown verhindern.“

Thomas Stelzer, ÖVP  
(Landeshauptmann OÖ)



„Überall dort, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann, sollte man Maske tragen.“

Artur Wechselberger  
(Präsident Ärztekammer)

ten wie der Umsatz. Die Maske wurde von Branchenvertretern als Konsumbremse ausgemacht.

Tirols Ärztekammerpräsident Artur Wechselberger verknüpfte gestern die Frage nach der Maskenpflicht mit der Frage nach der Vernunft. „Das Virus ist da. Überall dort, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann, sollte ei-

ne Maske getragen werden.“ Das gelte sowohl für Lokale als auch für Festivitäten. Wie viel Schutz der Mund-Nasen-Schutz bietet, ist umstritten. Wechselberger sieht es so: „Wenn zwei sich gegenüberstehen und beide eine Maske tragen, dann sind wohl beide besser geschützt, weil beide reduziert Tröpfchen ausstoßen.“ Außerdem habe

die Maske einen Symbolcharakter. „Es ist ein Warnsignal, dass es eben nicht so ist wie früher.“

Der Ärztekammerpräsident rät, sich auf Distanz und Handhygiene dauerhaft einzustellen. „Wenn das nicht funktioniert, Maske tragen.“ Es gehe nicht nur um einen selbst, sondern auch um das Gegenüber. Händeschütteln wehrt er ebenso ab wie sich mit Bussi-Bussi zu begrüßen. Die Wiener Ärztekammer rät allen niedergelassenen Ärzten, Patienten, die trotz Aufforderung keinen Mund-Nasen-Schutz tragen wollen, den Zutritt zur Ordination zu verweigern. (aheu, APA)

## Bleibt Ausbruch begrenzt?

Die nächsten Wochen entscheiden über den Verlauf der Pandemie.

**Wien** – „Wenn wir die lokalen Wiederanstiege nicht in den Griff bekommen, ist es nicht unwahrscheinlich, schon im Sommer ein Problem mit steigenden Fallzahlen zu bekommen.“ Mit Sorge blickt daher Niki Popper, Simulationsexperte von der Technischen Universität Wien, auf die lokalen Herde Salzburg und Oberösterreich. Die nächsten Wochen seien „entscheidend“ für den weiteren Verlauf der Pandemie in Österreich, sagt Popper. Bereits Anfang Juni haben die Mathematiker zwar berechnet, dass man viele solcher Herde gut im Griff behalten kann, vorausgesetzt das Testen, das Tracing und die Isolierung funktionieren schnell und effektiv. „Dass Fälle wie in Oberösterreich gefunden werden, ist nicht negativ, sondern zeigt, dass getestet wird. Wir werden uns an solche Cluster gewöhnen müssen. Was wir aber nicht wissen, ist, wie schnell und wie konsequent das Containment regional in den Bundesländern funktioniert“, so Popper.

„Wenn man wirklich gutes Containment macht, kann die Ausbreitung in fast 90 Prozent der Simulationsdurchläufe abgestoppt werden“, so Popper. Die Modelle würden zeigen, dass das Containment bei Superspreading sehr gut funktioniert, ergänzte der Simulationsexperte. (APA)



Popper blickt sorgenvoll auf die kommenden Wochen. Foto: APA/Neubauer

+++ Alles rund um Corona +++

## Ärztekammer spricht von einem „Armutszertifikat“

**Wien** – Mit Unverständnis reagiert Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres auf die Regierungspläne zur Ausweitung der Polizeibefugnisse, Krankheitssymptome von Kranken, Krankheitsverdächtigen und Ansteckungsverdächtigen zu erheben: „Die medizinische Diagnose ist keine Aufgabe der Polizei, sondern nach wie vor Aufgabe eines Arztes“, stellte Szekeres in einer Aussendung fest.

„Wenn die Antwort auf die Erfordernisse in unserem Gesundheitswesen nur die ist, der Polizei mehr Befugnisse zu geben, für die sie nicht

qualifiziert ist, dann ist das eigentlich ein Armutszertifikat für die Gesundheitspolitik in Österreich“, sagte der Ärztekammerpräsident.



Polizei soll die Möglichkeit zur Mitwirkung an der Erhebung von Krankheitssymptomen bei Corona-Verdachtsfällen bekommen. Foto: Böhm

Thomas Szekeres fordert die Bundesregierung auf, stattdessen das heimische Gesundheitssystem krisensicher aufzustellen. (TT)

## Yildirim fordert Corona-Amnestie

**Innsbruck** – SPÖ-Justizsprecherin Selma Yildirim setzt sich für eine Aufhebung von ungerechtfertigten Corona-Strafen ein. Die Tiroler Nationalrätin fordert eine „Generalamnestie für Menschen, die aufgrund von Corona-Verordnungen für Handlungen bestraft wurden, die gar nicht strafbar waren“.

Wie berichtet, sind beim Tiroler Landesverwaltungsgericht 22 Maßnahmenbeschwerden gegen Covid-19-Strafbescheide eingelangt. In zwei Fällen hat das Gericht die Strafverfahren auf-

gehoben – die Beschwerdeführer müssen nicht zahlen. Für Yildirim nicht genug – sie fordert, dass ungerechtfertigte Strafen auch ohne Beschwerde und Gerichtsbeschluss aufgehoben werden müssen: „Mich irritiert, dass die türkisch-grüne Bundesregierung nicht in die Gänge kommt und Tirol nicht handelt.“ Andere Bundesländer würden vormachen, dass eine Generalamnestie möglich ist. „Die Tirolerinnen und Tiroler sind am meisten betroffen, hier wurden nach Wien die meisten Strafen verhängt.“ (TT)

## Aufruf an Kirchberger Hotelgäste

**Innsbruck, Kirchberg** – Für eine Servicekraft des Hotels Bräuwirt in Kirchberg lag gestern ein positives Coronavirus-Testergebnis vor. Die Frau verspürte ab Donnerstag erste Symptome und wurde am Sonntag stationär aufgenommen. Tagesgäste des Hotels Bräuwirt am 30. Juni sowie am 1. und 5. Juli – jeweils ab 15.00 Uhr – sind nun aufgerufen, auf ihren Gesundheitszustand zu achten und bei Symptomen den Hausarzt oder die Hotline 1450 anzurufen. (TT)